

Haushaltsrede zur Kreistagssitzung am 20. Februar 2025

Bündnis90/Die Grünen

Fraktionssprecherin Silvia Queri

Dieser Beitrag ist ohne Hilfe von KI erstellt worden.

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrter Herr Landrat, sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, sehr geehrte Kreisrätinnen und Kreisräte, sehr geehrte anwesende Bürgerinnen und Bürger sowie Pressevertreterinnen und -vertreter,

Es ist Februar und damit offensichtlich, dass etwas anders ist als sonst. Ja, es war dieses Mal ein besonders mühsamer Prozess, bis wir nun heute – und das erlebe ich jetzt gerade als einen beinahe festlichen Moment – den Haushalt verabschieden können.

Auslöser, aber nicht Ursache, für diesen intensiven Beratungsprozess war das hohe Defizit im Ergebnis-HH, - trotz der bereits vorgenommenen Sparmaßnahmen seitens der Verwaltung - sowie **auch für uns** die deutliche Steigerung der Kreisumlage um 3 Prozentpunkte. *Ursache aber war*, mit Sigmund Freud gesprochen, das seit Einführung der Doppik wachsende ‚Unbehagen in der (Haushalts)Kultur‘. Ich persönlich habe sehr viel nachlesen müssen und mich trotzdem immer wieder gefragt, ob ich es jetzt wirklich richtig verstanden habe. Die überfraktionelle Zusammenarbeit in der neu gegründeten Zukunftskommission brachte dann für mich aber in der Tat die Wende.

Es uns nämlich *vorbildlich* gut gelungen, konzertiert zusammenzuarbeiten und weniger um die richtige Haltung zu ringen, sondern mehr um die besten Lösungen im Sinne der Kommune. Durch die sehr konkrete Diskussion war eine *echte Debatte*, also ein Austausch an Argumenten, möglich. Klar war es auch nervenzehrend, von der energetischen Sanierung einer bestimmten Schule über einzelne Sonderausstellungen in den Museen bis zu den Willkommenstaschen für Geflüchtete zu diskutieren, aber der Weg war in diesem Fall das Ziel: Ein gemeinsamer, überfraktioneller Antrag!

Aufgrund dieser Erfahrung bin ich guten Mutes, dass die Zukunftskommission auch weiterhin in konstruktiver Weise zusammenarbeiten wird und auf diese Weise auch

das Vertrauen der Bürger*innen zurückgewinnen kann. Es wird aber weiter anstrengend sein, denn Vertrauen kann nicht durch die Gründung einer Kommission hergestellt werden, sondern erwächst da, wo aufrichtig kommuniziert wird, also Probleme auch benannt werden, Fehler zugegeben werden und klare, erreichbare (!) Ziele formuliert werden. Das sollte also unser Arbeitsstil in der Kommission sein. Und wir sollten von den Konsequenzen ausgehend denken: Handlungsleitend wird für mich die Frage sein, wer (oder auch wie viele Menschen im BSK) von welcher Maßnahme profitiert und in welcher Weise. Bei ca. 220 000 Lebenswirklichkeiten in unserer mittlerweile hochindividualisierten Gesellschaft, wo man es ohnehin nicht jedem recht machen kann, scheint mir das sinnvoll und auch transparent. Als Beispiel für diesen Denkansatz möchte ich die im aktuellen Haushalt leider nicht projektierten Umbaumaßnahmen in der Droste-Hülshoff-Schule zur Inbetriebnahme einer neuen Klasse ‚Direkteinstieg Kita‘ nennen. Diese wurden zugunsten anderer Maßnahmen zurückgestellt, die nun wegen der Zuschussbedingungen zunächst abgearbeitet werden müssen. Diese, z.B. die Sanierung eines Lehrerzimmers oder Sekretariats, sind aber aus unserer Sicht nicht alle vergleichbar zielführend (wie die dringend benötigten päd. Fachkräfte auszubilden).

Dieses Beispiel macht auch klar, dass es nicht reicht, dass die Kommission in den Teil-Haushalten *prozentuale* Kürzungen festlegt. Wir müssen tatsächlich aus meiner Sicht über Inhalte und v.a. Wirkspektren sprechen. Es geht ja nicht nur ums Sparen, sondern dass nicht ‚am falschen Ende‘ gespart wird. Und das Beispiel ‚Direkteinstieg Kita‘ ist noch ziemlich unterkomplex: Z.B. die Streichung von ‚Demokratie leben‘ hat jetzt keine vergleichbar konkreten Auswirkungen, aber längerfristig sehr wahrscheinlich noch schlimmere: Demokratieverständnis muss am Leben gehalten werden, ist eben *kein* Selbstläufer.

Ein zentraler Inhalt für uns Grüne in den kommenden Haushalten ist erwartungsgemäß der Klimaschutz, wo wir auf die Frage ‚Wer profitiert?‘ natürlich mittlerweile wissen, dass Klimaschutz eigentlich Menschenschutz ist – also alle Bürger*innen des BSK. Hier wird es insbesondere Kosten geben, die unausweichlich anfallen, weil der Klimawandel ja bereits da ist: Das Hochwasser im letzten Sommer wird nicht das letzte gewesen sein, auch wenn wir das bereits wieder vergessen haben (es gibt bereits den

Begriff ‚Hochwasserdemenz‘). Alles Geld, das in den Klimaschutz investiert wird, sichert also den HH: Das steht auch im Risikobericht des **Weltwirtschaftsforums**, wo Extremwetterereignisse und Verlust der biologischen Vielfalt als die größten Risiken genannt werden, was von der **Weltbank** mit einem Verlust des globalen Bruttoinlandsproduktes von 2.5 Billionen €/Jahr auch konkret quantifiziert wird. An dieser Stelle möchte ich mich aber explizit bei den Kommissionskolleg*innen und dem Landrat bedanken, dass über die möglichen Streichungen in diesem Bereich auch gar nicht diskutiert wurde!

Weitere daraus abgeleitete Herzensthemen sind für uns die Förderung des ÖPNVs und auch die Bürgerbeteiligung, weil wir die Menschen psychologisch mitnehmen müssen, damit sie angstfrei und mit hoher Selbstwirksamkeit all die notwendigen Veränderungen zum Erhalt unseres ökologischen, ökonomischen und sozialen Wohlergehens (bzw. Friedens) leisten können. Der leider häufig *gezielt* evozierte Gedanke, dass die Wohlstandskurve definiert durch das Bruttoinlandsprodukt nach unten geht, weckt zuverlässig Ängste. Es gibt aber mittlerweile auch andere Wohlstandsindizes. Materielle Wohlstand ist ja nur *eine* Dimension von Lebensqualität! Im alternativen HDI (Human Development Index) beispielsweise gibt es die drei Dimensionen Lebenserwartung, Bildungsgrad **und** Bruttoinlandsprodukt pro Kopf kombiniert. Da ist DL übrigens nur auf Platz 9. Und auch Ängste bezüglich der Energiesicherheit (‚im Dunkeln sitzen‘) sind nachweislich nicht realitätsbasiert, wir können vielmehr auf ein exponentielles Wachstum bei den Erneuerbaren blicken, auch da also bitte nicht ‚mitten in voller Fahrt die Notbremse ziehen‘, sondern besser die Bürger*innen konkret ermutigen, z.B. ihre Häuser mit Solar auszustatten. Dann bräuchten wir übrigens auch weniger Windräder, wie auf der letzten Sitzung des Regionalverbands ganz sachlich angemerkt wurde!

Zum Teil-HH Soziales möchte ich anmerken, dass die durch das BTHG, v.a. durch die unsägliche Bürokratie zur Bedarfsfeststellung (BEI-BW), explodierten Kosten hoffentlich wieder eingefangen werden können. Wir brauchen dieses Geld nämlich für andere, zusätzliche Leistungen, z.B. die psychologische Unterstützung unserer Schüler*innen, da die Prävalenz psychischer Störungen bei Kindern und Jugendlichen nach langen Jahren des Gleichstands nun deutlich gestiegen ist. Ich möchte deshalb jetzt schon

anmahnen, nicht an den freiwilligen Leistungen im Sozial-Haushalt Einsparungen vorzunehmen, das wäre für einen (aus meiner Sicht immer noch) reichen LK wie unseren unwürdig. Und damit meine ich nicht, dass es die Würde der Empfänger dieser Leistungen beschädigen würde, sondern unsere eigene!

Eine Größe, die wir bei unseren *Investitionen* aber sicherlich im Auge behalten sollten ist der Selbstfinanzierungsgrad (inwieweit können Investitionen mit dem Zahlungsmittelüberschuss finanziert werden), der im Prüfbericht zum letzten HH nur noch bei 46,2 % lag im Vergleich zu 2021, wo er noch bei 115% lag und eigentlich bei 100% liegen sollte. Trotzdem ist es aus unserer Sicht wichtig, v.a. in die zentralen Bereiche Klimaschutz, Bildung und Mobilität zu investieren, weil uns nur das zukunftsfähig macht und damit den nachfolgenden Generationen nutzt.

Schließen möchte ich nun mit unserem herzlichen Dank an die Verwaltung, die ein Höchstmaß an ‚Elastizität‘ gezeigt hat, auch wenn man zeitweise bemerkt hat, dass es manches Mal als Zumutung empfunden wurde. Dafür möchte ich mich entschuldigen, aber auch gleich schon wieder die nächste Bitte formulieren, die aber längerfristig hoffentlich zur Entspannung beiträgt: Wir wünschen uns eine andere Einbringung des HH, die einen höheren Selbsterklärungsgrad aufweist (manches könnte schon mit einfachen Mitteln der Darstellung leichter verständlich gemacht werden, z.B. farbliche Kennzeichnung).

Außerdem wünschen wir uns, dass in den Ausschüssen eine ‚*Atmosphäre der Beratung*‘ hergestellt wird. So eine Atmosphäre sollte aus unserer Sicht gekennzeichnet sein von Angstfreiheit (Fragen zu stellen und auch welche gestellt zu bekommen), Augenhöhe, Ergebnisoffenheit, Bereitschaft zur Beteiligung und gegenseitigem Respekt – also von sog. ‚intellektueller Bescheidenheit‘ (tatsächlich ein psychologisches Forschungsfeld). Diese ist nämlich wiss. belegt eine wichtige Voraussetzung für *gemeinsame und damit i.d.R. tragfähigere* Beschlüsse!

Aber ich füge auch gleich selbstkritisch hinzu: Ich persönlich glaube, dass man die Veränderung sein muss, die man haben möchte!

In diesem Sinne danke ich allen sehr, die an diesem HH so konstruktiv mitgewirkt haben! Wir stimmen geschlossen dem HH 2025 zu.